

## Aussprache

### Die Lage der Gewerkschaften in den 30er Jahren

(zu Heft 7/75 des GMH)

Wir haben uns mit der Tatsache abzufinden, daß es eine absolut objektive Geschichtsschreibung nicht gibt. Das trifft auch für die neuere und neueste Geschichte zu. Der Historiker, der nur auf das Studium von Dokumenten, Programmen, Beschlüssen usw. angewiesen ist, wird nicht nur weniger „vom Klima und Stil der politischen Auseinandersetzungen“ kennen als derjenige, der bestimmte politische Vorgänge miterlebt hat. Er kann auch nicht, und vielleicht gerade deshalb, aus diesen ihm zur Verfügung stehenden Unterlagen die verallgemeinernden Schlußfolgerungen ziehen. Hinzu kommt, daß wohl auch jeder Geschichtsschreiber ein politischer Mensch ist, der seine geschichtlichen Erkenntnisse und die daraus ergebenden Schlußfolgerungen und Beurteilungen auch subjektiv, entsprechend seiner (partei-)politischen Einstellung und Auffassung einordnet.

Hier ist derjenige, „der bestimmte historische Vorgänge miterlebt hat“, besser dran. Aber auch er ist natürlich in Gefahr, diese geschichtlichen Vorgänge, die er durchlebt hat, aus seiner politischen und weltanschaulichen Einstellung zu beurteilen und zu bewerten. Wenn er sich aber der größtmöglichen Objektivität befleißigt, so wird er nicht nur die politischen Auseinandersetzungen kritisch würdigen, sondern er wird auch die gesamte gesellschaftliche Situation der „damaligen Zeit“ differenzierter beurteilen.

Leider krankt die geschichtliche Darstellung des Verhaltens der Gewerkschaftsbewegung in der Zeit nach dem 1. Weltkrieg, von Ausnahmen abgesehen, zu sehr an Verallgemeinerungen und Pauschalurteilen. Die Hauptfehler bestehen wohl darin, daß man u. a.:

— die damalige Gewerkschaftsbewegung schlechthin mit dem ADGB (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) identifiziert,

- die allgemeine Konformität mit der damaligen SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) unterstellt,
- die Zielvorstellungen der verschiedenen Gewerkschaften verallgemeinert und demzufolge das Verhalten der Gewerkschaften und Gewerkschaftsgruppen nicht differenziert genug beurteilt,
- vergißt, daß die Gewerkschaften zum großen Teil sich viel weniger als gesellschaftliche Verbände verstanden und sich trotzdem zumindest praktisch im Sinne einer freiheitlich-demokratischen Ordnung als staatsbejahende Faktoren betrachteten.

Es führt m. E. zu geschichtlichen Trugschlüssen, wenn von der „Selbstpreisgabe der deutschen Gewerkschaftsbewegung im April und Mai 1933“ und vom „kampflosen Untergang“ oder aber auch von der „organisatorischen Schlagkraft“ der Gewerkschaften gesprochen wird. Solche und weitere ähnliche Urteile und Vorstellungen haben vor allem in der jüngeren Generation dazu beigetragen, die Schlagworte von der „unbewältigten Vergangenheit“ bzw. von dem „Versagen der Alten“ zu prägen.

Es gehört m. E. zu einer halbwegs objektiven Darstellung der Lage der Gewerkschaften nach dem ersten Weltkrieg und insbesondere der 30er Jahre zunächst die Feststellung, daß wir den Höchststand der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder nach dem ersten Weltkrieg mit rd. 13,3 Millionen im Jahre 1922 hatten. Es waren insgesamt rd. 66 vH der Beschäftigten (Arbeiter, Angestellte und Beamte) organisiert. Das Jahr 1922 war aber auch mit insgesamt 4300 Streiks und in Verbindung damit rd. 23 400 000 verlorenen Arbeitstagen das „Rekordjahr“ in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg. Ich will nicht behaupten, daß in Notzeiten die Solidarität am größten und der Zusammenhalt am besten ist. Aber es ist doch die Tatsache zu verzeichnen, daß wir im Jahre 1925, d. h. im zweiten Jahr der Währungs- und wirtschaftlichen Stabilität, des sogenannten Aufschwungs und sozialer Erfolge bereits

über 5 Mio. weniger gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer hatten. Und 1928, im Jahr der noch anhaltenden wirtschaftlichen Konjunktur und der gewerkschaftlichen Erfolge — es konnten die tariflichen Stundenlöhne für Facharbeiter z. B. auf rd. 1,10 RM hochgebracht werden, eine Steigerung von rd. 45 vH gegenüber Ende 1924 — betrug die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer und Beamten nur noch 6,56 Mio.

Der kritische Betrachter dieser Entwicklung stellt sich doch die Frage nach dem Warum einer solchen Entwicklung. Nun, ich glaube, das kann derjenige wohl am besten beantworten, der damals in freien Stunden an Sonnabendnachmittagen und Sonntagvormittagen auf Hausagitation ging oder als Vertrauensmann die Beiträge „von Haus zu Haus“ kassieren mußte. Die Annahme, daß man mit Parolen vom „Klassenkampf“ oder der „Systemveränderung“ die unorganisierten oder aus der Gewerkschaft ausgetretenen Arbeitnehmer in bzw. wieder in die gewerkschaftliche Organisation hätte bringen können, ist doch eine Illusion.

Diejenigen, die in den Gewerkschaften das revolutionäre Instrument für die „Überwindung des kapitalistischen Systems“ sahen und entsprechend ihre Aufgabe betrieben — und das waren überwiegend die Kommunisten —, brauchten nicht erst für die Gewerkschaften gewonnen zu werden. Das parteipolitische Engagement, die Parteidisziplin und die gesellschaftspolitische Zielsetzung des Kommunismus bedingten die Gewerkschaftszugehörigkeit. Spätestens gegen Ende 1929 setzten die Kommunisten durch die Bildung der RGO (Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition) die entsprechenden Kader ein, um die freien Gewerkschaften von innen heraus aktionsunfähig zu machen bzw. den „reformistischen Gewerkschaftsapparat“ auszuschalten.

Gewiß, es gab auch Betriebe und ganze Betriebsgruppen, in denen es die organisierten Belegschaften einfach nicht zuließen, daß unorganisierte Arbeiter dort Ar-

beit fanden. Aber diese mehr zwangsweise organisierten Arbeiter konnte man zwar als Beitragszahler, aber kaum als „überzeugte Gewerkschafter“ betrachten. So ist insgesamt wohl das Fazit zu ziehen, daß in dem Maße, wie das Gefühl der „sozialen Sicherheit“ wuchs, die Risiken durch Gesetze usw. abgeschirmt wurden und dadurch der Persönlichkeitswert sich in eine zweifelhafte Richtung entwickelte, bei vielen Menschen ein falsches Unabhängigkeitsgefühl aufkam.

Der Appell an die „Solidarität aller Arbeitnehmer“ verpuffte in der gewerkschaftlichen Agitation mehr und mehr. Die wirksamsten Agitationsmittel waren doch wohl die zusätzlichen Kranken- und Arbeitslosenunterstützungen, die die Gewerkschaften damals zahlten. So wurde denn auch die Agitation immer mehr auf die Frage abgestellt: „Was bekomme ich für meinen Beitrag?“ Daß diese Unterstützungen aber sehr bald die Finanzkraft der Gewerkschaften schwächten, war sicher in den ersten Konjunkturjahren nach 1924 noch nicht vorauszusehen. Aber nach 1928 stiegen die Ausgaben für diese Unterstützungen in den Arbeitergewerkschaften gewaltig an und erreichten bereits 1930 über 50 vH der Einnahmen. Dagegen sanken die Ausgaben für Streikunterstützungen nach 1928 zunehmend und betrugen 1930 nur noch etwas über 4 vH der Einnahmen. Der gewerkschaftliche Praktiker aber weiß, daß die „Schlagkraft der Gewerkschaften“ weitgehend von ihrer Finanzkraft abhängt. Und wenn gesagt wird, daß im Jahre 1933 das „Organisationsvermögen“ weit mehr als 100 Mio. RM“ betragen habe und damit die finanzielle „Schlagkraft“ der Gewerkschaften etwa nachgewiesen sein soll, dann ist dabei doch zu berücksichtigen, daß es sich hier um ein überwiegend nicht liquides Vermögen handelte.

Wenn die Gewerkschaftsbewegung, soweit das durch Streiks und Aussperrungen dokumentiert wird, zusehends den Charakter einer Kampforganisation verlor, dann lag das weniger daran, daß die Führung der Gewerkschaften etwa zunehmend den „reformistischen Kurs“ steuerte,

als vielmehr an der allgemeinen konjunkturellen und wirtschaftlichen Entwicklung. Hinzu kamen die ideologischen und weltanschaulichen Auseinandersetzungen zwischen den Gewerkschaften der einzelnen Richtungen und — vor allem in den freien Gewerkschaften — die ideologischen innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen. Die Gefahr der Umfunktionierung der Auseinandersetzungen um tarifliche und sonstige Arbeitsbedingungen in praktische Klassenkämpfe nahm zu, und oft genug entglitt den Gewerkschaften die Führung von solchen Arbeitskämpfen.

Es darf auch nicht übersehen werden, daß sich die Position der Arbeitgeber und ihrer Verbände mit zunehmendem Konjunkturverfall verstärkte.

Wer heute die Ansicht vertritt, ADGB und SPD wären in einem breiten antifaschistischen Bündnis die mit Abstand stärksten Gruppen gewesen und hätten weitgehend den Kurs bestimmen können, unterliegt nicht nur dem Irrtum von dem zahlenmäßigen Kräfteverhältnis, sondern auch einer falschen Auffassung von der möglichen „ideologischen Partnerschaft“. Auch übersieht er, daß in der gesamten Arbeitnehmerschaft (Arbeiter, Angestellte und Beamte) das nichtsozialistische Element eine beachtliche Stärke aufwies.

Was zunächst die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten betrifft, so wiesen die 30 Gewerkschaften, die im ADGB vereinigt waren, 1931 rd. 4 150 000 Arbeiter als Mitglieder aus. Zur gleichen Zeit verzeichnen die christlich-nationalen und die freiheitlich-nationalen Gewerkschaften (Hirsch-Dunckersche) rd. 100 000 Arbeiter als Mitglieder. Bei den organisierten Angestellten und Beamten dagegen standen den Angestellten- und Beamtenverbänden der freigewerkschaftlichen Richtung mit rd. 600 000 Mitgliedern rd. 1 Mio. Mitglieder in den Gesamtverbänden der Angestellten und Beamten der „christlich-nationalen“ und „freiheitlich-nationalen“ Richtung gegenüber. Daneben gab es noch eine Zahl von wirtschaftsfriedlichen (gelben) und selbständigen Arbeitnehmerverbänden, die über rd. 200 000 Mitglieder verfügten.

Wenn auch, von den letzteren Verbänden abgesehen, in der praktischen Gewerkschaftsarbeit eine immer stärkere Zusammenarbeit zu verzeichnen war, in den gesellschaftspolitischen und weltanschaulichen Zielsetzungen klafften die Meinungen doch weit auseinander. Und was die Stellung zum Radikalismus sowohl von links wie von rechts betraf, so waren die Spannungen nicht nur unter den Gewerkschaftsrichtungen zu verzeichnen, sondern in den einzelnen Gewerkschaftsrichtungen selbst gab es sehr starke kontroverse Auseinandersetzungen. Vor allem war es das starke Einwirken der KPD durch ihre Betriebszellenorganisation RGO (Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition) in den freien Gewerkschaften, das einer „Einheitsfront der Gewerkschaften“ im Wege stand. Dieser von der KPD gesteuerten RGO lag doch gar nicht daran, durch einen geschlossenen Kampf um die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer die „Weimarer Republik“ zu retten. Ihr lag, getreu der marxistischen oder besser gesagt der stalinistischen Auffassung, daran, die politische und gesellschaftliche Revolution voranzutreiben. Und wer die Auffassung vertritt, daß die freien Gewerkschaften in einem solchen „antifaschistischen Bündnis“ die Stärkeren gewesen wären, der weiß nichts von den innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen dem sogenannten reformistischen Teil und den RGO-Kommunisten in den freien Gewerkschaften. Man mag zum Demokratieverständnis des Kommunismus stehen wie man will, eines war auch damals der überwiegenden Zahl aller Gewerkschafter klar, ein Bündnis mit den Kommunisten bedeutete in Wirklichkeit die „Selbstaufgabe“ der *freien* Gewerkschaften. Die Illegalität des kommunistischen Systems allein hätte in den freien Gewerkschaften in einem solchen Ausmaß Platz gegriffen, daß in absehbarer Zeit — ohne Rücksicht auf die Folgen — die Revolutionsbewegung von links ein noch stärkeres Gewicht bekommen hätte, wenn die Arbeitnehmerschaft mitgemacht hätte.

Die Nationalsozialisten setzten der RGO ihre NSBO (Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation) entgegen. Sie erreichte zwar nicht die Stärke der RGO und ihre Aktivität, erreichte auch nicht die Ausmaße der RGO, aber beide zusammen erreichten zunehmend die Entsolidarisierung der Arbeitnehmerschaft. Die innergewerkschaftlichen und innerbetrieblichen Auseinandersetzungen und die anwachsende Arbeitslosigkeit führten dazu, daß die Zahl der Unorganisierten immer stärker zunahm.

Die Auffassung, daß die deutschen Gewerkschaften vor ihrer Zerschlagung am 2. 5. 1933 „eine funktionierende Massenorganisation“ gewesen wären, trifft insoweit nicht zu, als sie zwar noch, was die Mitgliederzahl betraf, über die „Masse“ verfügten, die Funktion eines einheitlichen Verhaltens aber nicht mehr gegeben war. Selbst ein Generalstreik, der in verschiedenen Gremien erörtert wurde, mußte verworfen werden, weil er bei nüchterner Betrachtung des gegebenen Kräfteverhältnisses keinen Erfolg versprach. Gegen wen hätte sich der Generalstreik richten sollen? Bis Ende 1932 doch gegen eine demokratische Regierung, die zwar mit Notverordnungen regierte, die aber doch von den demokratischen Parteien teils getragen, teils toleriert wurde. Eine klare Situation wie etwa beim Kapp-Putsch im März 1920 war nicht gegeben. Auch fand im Januar 1933 zunächst noch keine gewaltsame Übernahme der Macht durch *Hitler* statt. Ja, selbst nach den März-Wahlen 1933, die die Nationalsozialisten mit über 17 Mio. Stimmen und 288 Mandaten zur stärksten Partei machten, gab es noch nicht die Möglichkeit der absoluten Machtübernahme. Die Errichtung der Diktatur mit Hilfe des Parlaments erfolgte erst nach der Annahme

des „Ermächtigungsgesetzes“ vom 23. 3. 1933. Es ist hier nicht über das Verhalten der damaligen politischen Parteien zu urteilen. Wohl aber muß vermerkt werden, daß staatspolitische Aktionen der Gewerkschaften zu diesem Zeitpunkt ohne Hilfe oder wenigstens Duldung der demokratischen Parteien nicht mehr möglich waren.

Auch glaubten viele Gewerkschafter noch an eine Integration in einen nationalsozialistischen Staat. So fand z. B. am 16. und 17. 3. 1933 in Essen noch eine außerordentliche Tagung des „Gesamtverbandes der christlich-nationalen Gewerkschaften Deutschlands“ statt, auf der die „Essener Richtlinien 1933“ verabschiedet wurden. Den über 300 Führern und Vertrauensmännern wurde zu Beginn der Tagung von *Bernhard Otte*, dem damaligen Vorsitzenden des Gesamtverbandes, erklärt, daß es auf dieser Tagung nicht darum gehe, „zu den politischen Geschehnissen der letzten Zeit Stellung zu nehmen“, sondern in erster Linie darum, Rechenschaft darüber zu geben, wo wir im sozialen Leben stehen. Diese Feststellung erfolgte zwar nicht ohne Widerspruch, doch es wurde auch keine bewußte Provokation gegenüber Hitler betrieben.

In allen Gewerkschaften hofften immer noch viele auf die Legalität einer nationalsozialistischen Regierung. Und erst in den Apriltagen sickerte es langsam durch, daß es kaum zu einem „Arrangement mit Hitler“ kommen werde. Da aber war es dann wirklich zu spät. Die Masse des Volkes war in diesem Augenblick für Hitler. Und auch bei einem großen Teil der Arbeitnehmerschaft zündete das Versprechen von „Arbeit und Brot“ mehr als die Warnung vor dem bitteren Ende.

*Bernhard Tacke*